

Stand: 07.02.2026 22:31:33

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/17792

"Arbeitsgesetzgebung 4.0 III: Europarechtliche Aufwertung der Mitbestimmung und Senkung der Mindestarbeitnehmerinnen- bzw. Mindestarbeitnehmerzahl"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/17792 vom 14.07.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/19486 des SO vom 05.12.2017
3. Beschluss des Plenums 17/20399 vom 25.01.2018
4. Plenarprotokoll Nr. 121 vom 25.01.2018



## Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Ilona Deckwerth, Susann Biedefeld SPD**

### **Arbeitsgesetzgebung 4.0 III: Europarechtliche Aufwertung der Mitbestimmung und Senkung der Mindestarbeitnehmerinnen- bzw. Mindestarbeitnehmerzahl**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich durch eine Bundesratsinitiative für eine Senkung der Mindestarbeitnehmerinnen bzw. Mindestarbeitnehmerzahl im § 1 Abs. 1 Nr. 2 des Mitbestimmungsgesetzes (MitBestG) auf 500 und für eine Beseitigung der Mitbestimmungsflucht durch Rechtsformwechsel innerhalb europäischer Rechtsformen einzusetzen.

### **Begründung:**

Die Mitbestimmung in den Aufsichtsräten deutscher Unternehmen ist ein Erfolgsmodell und ein wichtiger Grundpfeiler der deutschen Wirtschaftsleistung, weshalb sie auch wechselnde Regierungskoalitionen überdauert hat.

Jedoch wird in den meisten deutschen Unternehmen das erforderliche Arbeitnehmerinnen- bzw. Arbeitnehmerquorum für die Drittelmitbestimmung (501) und schon gar nicht für die paritätische Mitbestimmung (2.001) erreicht. Dadurch bleibt in vielen Unternehmen der Weg zum Erfolgsmodell Mitbestimmung versperrt. Dem ist durch die allgemeine Einführung der paritätischen Mitbestimmung bei mehr als 500 Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer Rechnung zu tragen.

Zudem gilt es, der oft beobachteten Mitbestimmungsflucht durch Rechtsformwechsel beispielsweise hin zur SE (Societas Europaea) entgegen zu treten. Zwar gilt bei Rechtsformwechsel auf die SE eine Auffanglösung, die das bisherige Niveau der Mitbestimmung fest schreibt. Erfolgt der Wechsel jedoch unmittelbar vor Erreichen des Quorums, wird verhindert, dass die entsprechenden Mitbestimmungsregelungen gelten. Dem kann beispielsweise mit einer zusätzlichen Anknüpfung der Mitbestimmungsregelungen an den deutschen Verwaltungssitz oder eine hiesige Zweigniederlassung begegnet werden.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration**

**Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,  
Natascha Kohnen u.a. SPD**  
Drs. 17/17792

**Arbeitsgesetzgebung 4.0 III: Europarechtliche Aufwertung der  
Mitbestimmung und Senkung der Mindestarbeitnehmerinnen-  
bzw. Mindestarbeitnehmerzahl**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Angelika Weikert**  
Mitberichterstatte: **Steffen Vogel**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 73. Sitzung am 26. Oktober 2017 beraten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Enthaltung  
B90/GRÜ: Enthaltung  
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 5. Dezember 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Enthaltung  
B90/GRÜ: Enthaltung  
Ablehnung empfohlen.

**Joachim Unterländer**  
Vorsitzender



## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Ilona Deckwerth, Susann Biedefeld SPD**

Drs. 17/17792, 17/19486

**Arbeitsgesetzgebung 4.0 III:  
Europarechtliche Aufwertung der Mitbestimmung und Senkung  
der Mindestarbeitnehmerinnen- bzw. Mindestarbeitnehmerzahl**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Inge Aures**

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

**Präsidentin Barbara Stamm:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

### **Abstimmung**

**über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 1 der Anlage zur Tagesordnung. Das ist der Antrag der SPD betreffend "Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen – Negative Folgen für Autobahndirektion Süd entschärfen!" auf Drucksache 17/17180, der auf Wunsch der Fraktion gesondert beraten werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

### **Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD  
Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen – Negative Folgen für Autobahndirektion Süd entschärfen!  
Drs. 17/17180, 17/19745 (A)

**der Antrag wird gesondert beraten**

2. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. und Fraktion (SPD)  
Ländlichen Raum stärken – LEADER-Kürzung zurücknehmen  
Drs. 17/17304, 17/19591 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Gesamtkonzept für Rückführungen aus Bayern entwickeln  
Drs. 17/17480, 17/19601 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,  
Natascha Kohnen u. a. SPD  
Arbeitsgesetzgebung 4.0 I:  
Überarbeitung der Vermittlungs- und Befristungspraxis  
Drs. 17/17790, 17/19484 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,  
Natascha Kohnen u. a. SPD  
Arbeitsgesetzgebung 4.0 II: Verbesserung der Arbeitnehmerinnen- bzw.  
Arbeitnehmerrechte bei Fremdvergabe und betrieblicher Ausgliederung  
Drs. 17/17791, 17/19485 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



6. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD  
Arbeitsgesetzgebung 4.0 III: Europarechtliche Aufwertung der Mitbestimmung und Senkung der Mindestarbeitnehmerinnen- bzw. Mindestarbeitnehmerzahl  
Drs. 17/17792, 17/19486 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD  
Arbeitsgesetzgebung 4.0 IV: Weiterentwicklung des Transferkurzarbeitergelds hin zum Transformationskurzarbeitergeld  
Drs. 17/17793, 17/19487 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD  
Arbeitsgesetzgebung 4.0 V: Teamzeit als reguläre Arbeitszeit  
Drs. 17/17794, 17/19488 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD  
Arbeitsgesetzgebung 4.0 VI: Berufliche Weiterbildung stärker fokussieren  
Drs. 17/17795, 17/19489 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u. a. SPD  
Bayerisches Polizei-Logistikzentrum:  
Pro oder Contra? Entscheidungsfindung transparent halten  
Drs. 17/18367, 17/19585 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u. a. SPD  
Gemeinsam Nordbayern voranbringen. Regionale Zusammenarbeit unterstützen!  
Drs. 17/18684, 17/19586 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Günther Knoblauch u. a. SPD  
Ausbildung im Fachbereich Finanzwesen  
Drs. 17/18222, 17/19475

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

**der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären**